

Unter diesem Tagesordnungspunkt begrüßte die Vorsitzende die ebenfalls anwesenden Schulleiter der Gesamtschule der Stadt Sankt Augustin, Frau Stephani Overhage, sowie Herrn Rolf Grisard.

Sodann berichtete Frau Dedenbach über den bisherigen Verlauf im Zusammenhang mit der Bildung bzw. Errichtung der städtischen Gesamtschule, entsprechend der der Einladung beigefügten Sitzungsvorlage. Hierbei verwies sie auf das durchgeführte Anmeldeverfahren, bei welchem insgesamt 113 Sankt Augustiner Schülerinnen und Schüler, als auch 7 externe, aus umliegenden Städten und Gemeinden, Schülerinnen und Schüler, angenommen wurden.

Der aus Sicht der Verwaltung weiter zu fokussierende Ausblick sei nunmehr die zeitnahe Umsetzung einer Übergangsmensa am Schulzentrum Menden, als auch die Gestaltung und Ausarbeitung eines zweckmäßigen Raumprogramms – dieses auch im Zusammenhang mit den beiden sukzessiv auslaufenden Schulen an diesem Standort. Als weiteren Schritt müsse man zukunftsorientiert die städtebauliche Entwicklung des Schulzentrums Menden vorantreiben und planen.

In diesem Zusammenhang ergänzte Herr Lübken, dass betreffend des vorliegenden Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, durch die heute anwesenden Schulleiter der Gesamtschule, i.R. des nichtöffentlichen Teils der heutigen Sitzung, durchaus eine Aussage erfolgen könne. Grundsätzlich könne aber bereits jetzt die Zusage gegeben werden, dass man dem Wunsch zu konstruktiven Gesprächen gerne Rechnung trage.

Herr Metz schilderte daraufhin die Gründe für diese Antragstellung seitens seiner Fraktion. Sofern seitens der Verwaltung bereits dahingehende Überlegungen/Planungen angedacht seien, und diese in Bezug auf Möglichkeiten, Zeitplanung, etc. im Sinne des vorliegenden Antrages seien, so könne aus seiner Sicht auch der vorliegende Antrag zurückgezogen werden.

Herr Lübken merkte hierzu an, dass zwar in diesem Jahr kein kompletter Inklusionsplan bestehe, jedoch zukunftsorientiert wegweisende Planungen für die Folgejahre in Überlegung seien. Der hier entstehende „Fahrplan“ könne auch aus seiner Sicht nur in enger Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Schule und Politik im Rahmen konstruktiver Gespräche entstehen und zu einem Erfolg für alle Beteiligten führen.

Hier müsse jedoch auch auf die bestehende städtische Förderschule bzw. auf mögliche Auswirkungen betreffend dieser Schulform geachtet werden.

Seitens der CDU-Fraktion dankte auch Herr Grzeszkowiak der Verwaltung für die bisher erbrachten Arbeiten der Verwaltung, welche zu einem Gelingen der nunmehr entstehenden Gesamtschule beigetragen haben. Auch aus seiner Sicht sei das Thema „integrative Schule“ sicherlich sinnvoller in einer Gesamtbetrachtung aller städtischen Schulen zu sehen. Die seitens der Verwaltung hierzu gemachten Überlegungen zu einem „Fahrplan“ erachte er als äußerst realistisch.

Herr Kammel bat seitens der FDP-Fraktion, dass man bei sämtlichen Überlegungen seitens der Verwaltung, speziell der anstehenden Raumplanungen, nicht nur die Schulform Gesamtschule favorisiere, sondern auch der dortigen Realschule als auch Hauptschule einen fairen Auslauf ermögliche.

Im Anschluss hieran hielt die Vorsitzende, Frau Bergmann-Gries, einvernehmlich fest, dass der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zurückgezogen wurde. Inhaltlich werde man zu diesem Thema in einer der kommenden Sitzungen dieses Gremiums weiter beraten und seitens der Verwaltung Berichterstattung erhalten.